Die Stellung der politischen Parteien zum Frauenstimmrecht

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **- (1909)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-325687

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Soziale Käuferliga.

Zu dem von uns in letzter Nummer reproduzierten Artikel „Die Heimarbeit der Frauen in Paris“ erhalten wir nachstehende kurze Entgegnung, die auch in den Basler Nachrichten erschien.

Die „Basler Nachrichten“ bringen in ihrer Nummer vom 18. März im Auszug einen sehr beachtenswerten Artikel des Grafen d'Haussonville über die Heimarbeiterinnen in Paris aus der „Revue des Deux Mondes“ vom 1. Februar, S. 561, „Celles qui travaillent à domicile“; dabei sagen sie kurz: „d'Haussonville zeigt, wie schädlich so gutgemeinte Gründungen wie die „Ligue sociale d'acheteurs“ mit ihrem Boykott gegen die billigen Warenhäuser sein können.“ Graf d'Haussonville ist Mitglied der Pariser Liga und hat sein Interesse für sie besonders auch dadurch bewiesen, dass er bei der internationalen Konferenz aller Käuferverbände, die im Herbst vorigen Jahres in Genf stattfand, die Teilnehmer in sein Schloss nach Coppet einlud. Seine freundlichen Willkommensworte, die schönen Stunden im Schloss und Park bleiben uns in bester Erinnerung und wir überlassen es getrost unsern Pariser Freunden, sich mit dem Grafen über seinen Artikel auseinander zu setzen. Für die Leser der „Basler Nachrichten“ bringen wir kurz einige Tatsachen zur Richtigstellung. Die Schweizerliga, wie unsres Wissens auch alle übrigen Käuferverbände, machen ihre Mitglieder aufmerksam auf die Gefahr, die darin liegt, rücksichtslos stets dem „Billigen“ nachzujagen, indem ein Herabdrücken der Preise unfehlbar ein Sinken der Löhne zur Folge haben muss. Dass jeder Käufer und ganz besonders der bemittelte Käufer danach trachten soll, bei seinen Einkäufen den normalen Preis (juste prix) zu bezahlen, das leuchtet auch sicher jedem Geschäftsmann ein und er wird deshalb das Vorgehen der Liga nur begrüssen.

Und weiter ist die Liga nie gegangen! Das Wort Boykott steht überhaupt nicht in ihrem Wörterbuch, sie empfiehlt nur, sie brandmarkt nicht. Es wäre auch ganz unmöglich für die Liga, ein Geschäft, sei es ein Warenhaus oder ein anderes, in Bausch und Bogen wegen zu billiger Preise zu verurteilen. Ein Warenhaus verkauft Artikel aus hunderten von verschiedenen Fabriken. Wie wäre es der Liga möglich zu beurteilen, ob Artikel und welche unter dem Preis abgegeben werden? Da wo bis jetzt weisse Listen über Verkaufsläden herausgegeben wurden (New York und andere Städte der Vereinigten Staaten, Berlin), entschieden ausschliesslich die dem Personal gewährten Bedingungen über die Aufnahme einer Firma auf die Liste. Ein Schleudergeschäft nun, das durch illoyale Konkurrenz sein Dasein zu fristen sucht, wird sicher seinem Personal nicht sehr loyale Bedingungen stellen und deshalb kaum auf die weisse Liste aufgenommen werden können. Ebensowenig wird das andere Empfehlungsmittel der Liga, das Label, eine Marke, welche die unter günstigen Bedingungen hergestellten Waren für die Ligamitglieder kennzeichnet, Fabriken zuerteilt werden können, welche Schund- oder Schleuderwaren auf den Markt bringen, da in solchen Geschäften an Allem und nicht am mindesten an den Arbeitslöhnen gespart werden muss, sie also die von der Liga gestellten Bedingungen nicht erfüllen.

Die Stellung der politischen Parteien zum Frauenstimmrecht.

Über dieses Thema sprach Prof. Zürcher letzten Freitag auf Veranlassung des Internationalen Studentinnenvereins.

Der Redner warf einen kurzen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung von der absoluten Monarchie zur Demokratie, wobei immer grössere Kreise zur Mitherrschaft herangezogen wurden. Bei uns ist seit zirka einem Jahrhundert eine bedeutende Veränderung in diesem Sinne nicht mehr erfolgt, der volljährige Schweizerbürger besitzt schon so lange das Stimmrecht, ausgeschlossen sind nur noch die Frauen. In dieser Richtung ist also ein weiterer Ausbau unserer Demokratie nur möglich durch Einbeziehung der Frauen in die Aktivbürgerschaft. Diese ist sich wohl bewusst (? D. R.), nicht identisch zu sein mit „Volk“, und sie ist von Professor Treichler des öftern an die Pflichten erinnert worden, die sie denen gegenüber hat, die sie vertritt. Das Frauenstimmrecht ist die logische Folgerung unserer ganzen Entwicklung und ist also solche sicher zu kommen. Die Frage ist nur, wie viel näher können wir heute schon diesem Ziele kommen und inwieweit werden die politischen Parteien daran mitarbeiten? Und da ist der Ausblick nicht sehr hoffnungsvoll. Es wird ja wohl davon gesprochen, die Frauen zur Mitarbeit auf staatlichen Gebieten heranzuziehen, getan wird aber doch herzlich wenig. Allerdings sind zirka 18½ % unserer Lehrerschaft weiblichen Geschlechts, aber wir haben es noch nicht einmal dazu gebracht, dass Frauen in Schul- und Armenbehörden wählbar sind, und stehen in der Beziehung z. B. hinter dem Kt. Appenzell A.-Rh. Der Redner berührt kurz die verschiedenen Anstrengungen, die gemacht wurden, den Frauen einige Rechte zu sichern, leider ohne Erfolg. Ein kleiner Fortschritt scheint in Aussicht zu stehen, da den Frauen möglicherweise das aktive und passive Wahlrecht für die gewerblichen Schiedsgerichte gewährt wird. Von den vier, höchstens fünf politischen Parteien unseres Kantons tritt keine mit Überzeugung für das Frauenstimmrecht ein, keine hat es in ihr Aktionsprogramm aufgenommen, keine spricht sich aber auch dagegen aus oder bekämpft es.

Wenn man der konservativen Partei plausibel machen könnte, die Frauen würden in ihrer Mehrheit konservativ stimmen, so wären sie vielleicht dafür zu haben. Die Freisinnigen bezeugen ebenfalls keinen Enthusiasmus, der Redner unterdrückt die Bemerkung, dass bei ihnen das Frauengut immer noch eine grosse Rolle spielt. Die demokratische Partei trat zuerst nur für die hauswirtschaftliche Erziehung der Mädchen ein, will nun aber doch die Frauen zur Mitarbeit auf dem Gebiete der Kirche, des Schul- und Armenwesens und der Krankenpflege herbeiziehen. Die Sozialdemokraten proklamieren allerdings laut die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne, wenn es aber gilt, mit der Tat dafür einzustehen, versagen sie, Beweis dafür ihre Stellung zum Gesetz betr. Wahlen und Abstimmungen vor zwei Jahren.

Auf eidgenössischem Boden wiederholen sich ungefähr dieselben Verhältnisse. Der Gang der Entwicklung wird wohl der sein, dass einige der homogeneren Kantone den Anfang machen, das gute Beispiel geben werden, dem dann andere nachfolgen und schliesslich der Bund.

Für die Gegenwart hat Redner keine grossen Hoffnungen. Er empfiehlt in der bisherigen Praxis der Trennung der Bestrebungen fortzufahren, aber etwas lebhafter Propaganda zu machen, hauptsächlich durch die Presse (die aber dafür bei uns noch sehr wenig zu haben ist. D. R.). Es sollten viel mehr und eingehendere Berichte aus andern Ländern mit statistischen Angaben gebracht werden.

Als Vorbereitung auf den Moment des Erfolges sollen dienen: Diskussionen über wirtschaftliche, soziale und politische Fragen, häufige Inanspruchnahme des Petitionsrechts, Demonstrationen auch bei andern Fragen, die sich nicht speziell auf das Frauenstimmrecht beziehen. Der Vortragende bedauert, dass die Frauen bei der Beratung der Versicherungsgesetze nicht stärker hervorgetreten sind. — Endlich liesse sich fragen, ob die Frauen sich einer politischen Partei anschliessen sollen. Redner hält das für verfrüht, besser, je nach Bedürfnis die eine oder andere Partei zu unterstützen.

Zum Schlusse bekennt Prof. Zürcher, dass seine Überzeugung, seine Hoffnungen wesentlich mit denjenigen der Frauenrechtlerinnen übereinstimmen. Wir danken ihm für dieses Wort.

Druck von Zürcher & Furrer in Zürich.